

# **Berliner Aktionsprogramm für eine sichere und gute Geburt**

Beschluss „Runder Tisch Geburtshilfe“ vom 01. Februar 2018

**Prof. Dr. Michael Abou-Dakn**  
Chefarzt der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe  
St. Joseph Krankenhaus Berlin-Tempelhof  
Wissenschaftlicher Beirat der BGGG  
Vorsitzender der Landesgruppe Berlin der Bundesarbeitsgemeinschaft für Leitende Ärztin und Ärzte in der Frauenheilkunde  
und Geburtshilfe (BLFG)

Am DGGG - Kongresses im Oktober 2016 in Stuttgart haben sich die Vertreterinnen und Vertreter der Geburtshilfe im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Geburtshilfe und Pränatalmedizin (AGG in der DGGG) über die angespannte Situation der Geburtskliniken verständigt. Hierbei wurde bewusst, dass insbesondere in den Großstädten, aber auch in ländlichen Bereichen, zeitweilige Einschränkungen der Versorgung Schwangerer sich häufen.

Auf Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft für Leitende Ärztin und Ärzte in der Frauenheilkunde und Geburtshilfe, hatte der Berliner Verband eine Befragung der Berliner und Brandenburgischen Kliniken durchgeführt. Hierbei zeigte sich, dass aufgrund der deutlich zunehmenden Geburtenzahlen insbesondere in Berlin, häufige Einschränkungen notwendig wurden, die durch Personalmangel oder räumliche Knappheit bedingt waren.

Da das Thema zunehmend durch Berichte der Frauen, aber auch durch entsprechende Mitteilungen der Kliniken, medial Raum fasste, erfolgte nach ersten Gesprächen mit der Berliner Gesundheitssenatorin Delek Kolat im Januar 2017, ein erstes Treffen der Perinatalzentren im März 2017, organisiert von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG-Berlin).

In diesem konnte dargestellt werden, dass die Hauptbelastung der zunehmenden Geburten in Berlin von den Perinatalzentren Level 1 getragen werden, da die ca. 10.000 zusätzlichen Geburten in den letzten 10 Jahren, fast ausschließlich in diesen Zentren versorgt worden und nunmehr sowohl die räumlichen, als auch die personellen Kapazitäten nicht ausreichend sind. Eine bessere Datenerhebung, aktuelle Bedarfsberechnungen und die Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen den Kliniken, aber auch hinsichtlich der Berliner Feuerwehr wurden vereinbart.

Es folgten, organisiert von SenGPG-Berlin, unter Leitung der Senatorin, der erste Runder Tisch zu Geburtshilfe, mit Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure „Rund um die Geburt“ im September 2017.

Dort wurden die zwischenzeitlich erhobenen Daten der Berliner Situation dargestellt und aufgrund der Analyse, vier Hauptthemen identifiziert: Erstens Erweiterung eines „Notfall-Informationssystems“ für die Geburtshilfe (IVENA), zweitens Anpassung des Hebammenbedarfs (zum dem Zeitpunkt waren über 26 Vollkräfteäquivalente in den Berliner Kliniken vakant: knapp 9%), drittens Erfassung und Anpassung der räumlichen Kapazitäten (Kreisläle, Wochenbetten und Neo-Intensivbetten) an dem Bedarf.

Hieraus folgten drei Experten-Workshops, die die verschiedenen Themen bearbeiteten und eine Anhörung im Gesundheitsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, der von allen Fraktionen unterstützt wurde.

Am 02.02.2018 erfolgte dann der zweite „Runde-Tisch“, in dem die erarbeiteten Teilergebnisse vorgestellt und abgestimmt wurden und die weitere Ausarbeitung beschlossen wurde.

Aus dem Aktionsprogramm:

1. **Ausbildungskapazitäten für Hebammen** erhöhen um 130 Plätze bis zum Jahr 2020. Das Land Berlin würde dann künftig 332 Ausbildungsplätze vorhalten, 64 Prozent mehr als heute.
2. **Ausbau der Kreißsäle** durch Landeszuschüsse mit 20 Millionen Euro zusätzlich zu den Landeszuschüssen. Hierfür haben bisher sechs Kliniken Bedarf angemeldet.  
Zusätzlich konnte der Senat akut eine Erhöhung der Versorgungskapazitäten der Kliniken um 900 Geburten pro Jahr vereinbaren, da bereits erste Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung erfolgen konnten. Sie werden so bereits ohne Baumaßnahmen kurzfristig Engpässe auffangen.
3. **Geburtshilfe bedarfsgerecht stärken**  
Anpassung der Bettenkapazitäten auf der Wochenbettstation und der Neonatologie.
4. **Arbeitsbedingungen verbessern**  
Für Hebammen, Ärzte und Pflegenden sollen die Bedingungen durch Entlastung fremder Tätigkeiten verbessert werden. Hierzu gibt es schon Beispiele von Kliniken, die in weiteren Arbeitsgruppen erörtert werden sollen.

Gleichzeitig soll die Unterstützung der Beleghebammen durch die Kliniken vereinheitlicht werden.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit wird sich auf Bundesebene – unter anderem durch eine Initiative im Bundesrat – dafür einsetzen, dass die Personalmindestbemessung für das Pflegepersonal auch für Hebammen auf Geburtsstationen gilt und das Personal wirklich entlastet. Dies muss einhergehen mit einer Refinanzierung für die Krankenhäuser und der Ausweitung der Ausbildungskapazitäten.

Die Berliner Krankenhäuser werden als Arbeitgeber mit Unterstützung des Berliner Hebammenverbandes eine Kampagne auflegen, die für mehr Hebammen in den Kliniken wirbt.

5. **Akademisierung des Hebammenberufs aktiv gestalten**

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft und die Senatsverwaltung für Gesundheit werden die Erarbeitung des Gesetzesentwurfs zur Umsetzung der Akademisierung der Hebammenausbildung eng begleiten und aktiv darauf hinwirken, dass der Bundesgesetzgeber einen Entwurf vorlegt, der die Akademisierung fristgerecht umsetzt und eine Umsetzung in Berlin gewährleistet.

6. **Anerkennungsverfahren für Hebammen aus EU- und Drittstaaten unterstützen**

Das Land Berlin hat im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) vier zusätzliche Stellen für die Anerkennung von Berufsqualifikationen geschaffen, die

bis Mai 2018 besetzt sein werden. Dies wird die Antragsbearbeitung beschleunigen.

In Zusammenarbeit mit dem LAGeSo wird das Berliner Landesnetzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ die Durchführung dieses Anpassungslehrgangs unterstützen. Zudem wird es die Entwicklung von online-Kursen/E-Learning befördern. Ebenfalls wird es die notwendige Praxisanleitung finanziell fördern.

#### **7. Digitale Plattform zur Vermittlung von Hebammen einführen**

Mit der Plattform können werdende Eltern effizienter und zuverlässiger eine Hebamme finden. Auch wird es Hebammen möglich sein, über die Plattform leichter eine Vertretung zu finden. Zusätzlich wurde vereinbart, dass Kliniken über diese Plattform nach Vertretungen suchen können.

#### **8. Transparenz über Kreißsaalkapazitäten schaffen**

IVENA als Informationssystem wird ab April 2018 zur Verfügung stehen. Hieraus kann auch leichter die zukünftige Entwicklung der zeitweiligen Schließungen objektiviert werden. Das System soll nur den Kliniken und der Feuerwehr zu gezielten Weiterleitung dienen. Werdende Eltern sollen auch zukünftig respekt- und verantwortungsvoll von den Kliniken versorgt und ggf. weitergeleitet werden.

#### **9. Sensibel und situationsgerecht mit Schwangeren kommunizieren**

Die Geburtskliniken stellen durch zugewandte und transparente Kommunikation sicher, dass Schwangere sich bei ihnen jederzeit gut informiert und aufgehoben fühlen.

Unter Federführung der Patientenbeauftragten werden die Informationen für Schwangere gemeinsam mit Geburtskliniken und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten so überarbeitet, dass werdende Eltern und Schwangere eine bewusste Wahl für die Geburtssituation treffen können.

Die Krankenhäuser entwickeln ein Kommunikations- und Verlegungskonzept für Versorgungsengpässe. Sie verpflichten sich, in solchen Ausnahmefällen in denen Frauen an andere Kliniken weitergeleitet werden müssen, untereinander besser zu kooperieren und relevantes Personal für den zugewandten Umgang mit Hochschwangeren zu schulen.

#### **10. Aktionsprogramm Geburtshilfe aktiv umsetzen**

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches verpflichten sich, im Rahmen ihrer Zuständigkeit einen positiven Beitrag zur Verbesserung der Berliner Geburtshilfe zu leisten. Dazu gehört auch die Umsetzung des Aktionsprogramms Geburtshilfe. Die Senatsverwaltung für Gesundheit wird die verfügbaren Daten zur Entwicklung in diesem Bereich systematisch zusammentragen, um in Zukunft schnell und angemessen reagieren zu können.

Aus dem Aktionsprogramm ergeben sich somit weitere Arbeitsaufträge, die nunmehr in den nächsten Monaten in entsprechenden Workshops bearbeitet werden. Der nächste Runde Tisch soll dann Ende 2018 einberufen werden.

**Zusammenfassend** kann festgestellt werden, dass die lösungsorientierte Zusammenarbeit aller Gruppen bereits jetzt viele Konflikte gelöst hat und insbesondere dazu beigetragen hat, dass die werdenden Eltern weniger durch die angespannte Situation irritiert werden.

Der Zusammenhalt der Berliner Kliniken, der Hebammen und Ärztinnen /Ärzten, trägt dazu

bei, das hohe Niveau der Berliner Geburtshilfe darzustellen. Probleme zu besprechen und Lösungen gemeinsam mit der Politik zu finden, ist sicherlich der beste Weg die Arbeitsbedingungen für uns alle zu verbessern und letztlich eine sichere Geburt unter Berücksichtigung der Wünsche werdender Eltern zu ermöglichen.

Die ausführliche Publikation zum Aktionsprogramm finden Sie unter: [https://www.berlin.de/sen/gesundheit/assets/themen/stationaere-versorgung/180201\\_aktionsprogramm-geburtshilfe.pdf](https://www.berlin.de/sen/gesundheit/assets/themen/stationaere-versorgung/180201_aktionsprogramm-geburtshilfe.pdf)

(download am 10.02.2018)